

Zu diesem Heft

Anfang Februar 1927 lud der Finanzwissenschaftler Sally Altmann zu einem Vortragsabend in die »Mannheimer Politische Gesellschaft«. Angekündigt war der Heidelberger Privatdozent Karl Mannheim mit dem vielversprechenden Titel »Ist Politik als Wissenschaft möglich?«. Termin und Ort: 23. Februar »abends pünktlich 8 1/2 Uhr« im Hörsaal der Handels-Hochschule Mannheim. Seiner Studentin Ruth Neuberg schrieb Altmann, sie möge doch am Schwarzen Brett des Heidelberger Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften einen Anschlag machen, dass seine, Altmanns, Vorlesung am 24. ausfallen werde, denn er rechnete damit, dass es nach dem Vortrag abends spät werden könnte.¹ Dieser Vortrag wurde zum entscheidenden Ansatz einer neuen Disziplin, der Politikwissenschaft, und bildete die Grundlage für das zweite Kapitel von *Ideologie und Utopie*, dem Buch, das ihm die Berufung zum Nachfolger auf Franz Oppenheimers Lehrstuhl in Frankfurt brachte. Mannheim war bereits in Heidelberg ein bewunderter Lehrer, und so überrascht es nicht, dass nicht nur sein *amanuensis* Norbert Elias, sondern auch viele seiner Studentinnen und Studenten mit ihm nach Frankfurt wechselten, darunter Hannah Arendt, die bei ihm studierte und eine der ersten Rezensionen zu *Ideologie und Utopie* geschrieben hatte. Da er als Privatdozent kein Votum bei der Stipendienvergabe hatte, verwies er Arendt an seinen Kollegen Gustav Radbruch, den Heidelberger Rechtslehrer und ehemaligen Justizminister. Am 3. Mai 1930 konnte er daher aus der Frankfurter Westendstraße 103 an Radbruch melden: »Frau Dr. Stern-Ahrends hat das Stipendium bereits erhalten, sie ist froh und glücklich, daß sie nun in ihrer äußeren Existenz für einige Zeit sichergestellt ist. Sie haben ein gutes Werk mit [Ihrer Befürwortung getan]«. Nach Abschluss ihrer Doktorarbeit über den Liebesbegriff bei Augustinus konnte Arendt mit Hilfe eines Stipendiums der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ohne äußere Not ihre Studie über Rahel Varnhagen und die Frage der Assimilation beginnen. Es gab kein Forschungsprogramm, in dessen Fragestellung sich ihr Thema hätte einbeziehen müssen, und die Frage, ob es sinnvoll war, eine Kandidatin zu fördern, die nicht eindeutig in Philosophie, Soziologie oder Politikwissenschaften anzusiedeln war, wurde aus dem Kreis der Wissenschaftler selbst beantwortet – nach Kriterien der damaligen Forschung, aber auch nach dem Kriterium des Vertrauens des Lehrers in die Fähigkeiten der Antragstellerin.

Ist ein solcher Vorgang heute noch denkbar? Oder war das typisch für die »alte« Universität mit ihren engeren Lehrer/Schüler-Verhältnissen, deren Verschwinden wir gerade zu beobachten scheinen? Verändern sich die Wissenschaften, weil den steigenden Studierendenzahlen keine entsprechend gewachsenen Professorenzahlen gegenüberstehen? Oder stehen die Wissenschaften grundsätzlich infrage, weil die globalisierte Welt neue Anforderungen stellt? Ist es beispielsweise eine »plausible Prognose«, dass in einer für jedermann offenen Wissenschaftswelt die sogenannten

1 Ruth Neuberg, eine Mannheim-Studentin, berichtete mir darüber in hohem Alter bei einem Gespräch in Zürich.

sozialen Medien die Rolle von Universitäten und Bibliotheken ersetzen, weil man glaubt erkannt zu haben, dass der Markt der »überlegene Informationsprozessor der Menschheitsgeschichte« ist? Dass Wissenschaft also für jedermann greifbar nahe sein soll, die weltfremden Gelehrten damit aus dem Elfenbeinturm heraus an jede Straßenecke geholt werden können? Das ist die Vision Philip Mirowskis von der Zukunft der Wissenschaften.² Und wird die Wissenschaft besser, wenn sie öffentlich zugänglicher wird, wenn alle mit allen vernetzt werden, wenn das System der wissenschaftlichen Begutachtung ersetzt wird durch eine Art marktbasierter Evaluation von Artikeln?

Eine solche Vorstellung verkennt das Entscheidende am wissenschaftlichen Prozess, die Fähigkeit der Deliberation³, die Chance der Distanznahme, das Objektivieren-Können, also die Abwägungsmöglichkeit, die nur in einem Freiraum gegeben sein kann, in welchem keine Mehrheiten regieren, in dem ein *tertium datur*, also eine Methode Platz hat, die das Nachdenken ermöglicht und einen Verstehensprozess erlaubt, der in ein ökonomisches Schema nicht hineinpasst.

Wissenschaftliche Ergebnisse sind Synthesen, die aus der Zusammenschau einzelner Forschungsaspekte erzielt werden, der Zusammenschau der jeweils vorhandenen partikularen Einsichten. Es handelt sich dabei nicht um ein einfaches mosaikartiges Zusammenstellen einzelner Ergebnisse, die von Forschungsverwaltungen erstellt werden können. Denn eine solche einfache Konzeption einer Synthese ist »nicht mehr denkbar, wenn man gesehen hat, daß die Standortgebundenheit parteilicher Elemente nicht nur auf inhaltlichen Elementen sich gründet, sondern sich schon in einer Spaltung der Aspekte, der Problemstellungen bekundet und nicht zuletzt auf einem Auseinandergehen der Denkkategorien und Ordnungsprinzipien beruht«.⁴

Folgt man Mirowski, dann wäre die Forderung nach Offenheit freilich nicht mehr als eine Fassade von Aufklärung in einem Spiel, in dem es um ganz anderes ginge, wäre eine bloße Ablenkung von der dahinterstehenden Idee des Zugriffs auf Wissen und Forschung in allen Stadien: Die verschiedenen Instrumente und Plattformen werden zwar als Dienstleistungen für den Forscher angeboten, bieten aber vor allem den anbietenden Datensammelfirmen »eine Art Echtzeitüberwachung der Forscher« im Zuge der elektronischen »Landnahme«, die im Wissenschaftsbetrieb stattfindet: »Science 2.0 ist auch nicht von irgendeiner technologischen Notwendigkeit getrieben, die Wissenschaft zu »verbessern«. Das Ziel ist vielmehr, dem Markt und Unternehmen auch die Bereiche der bislang idiosynkratischen Praktiken individueller Forscher zu erschließen. Vergesst Friedrich Hayek und das Märchen von der spontanen Organisation – diese neue Ordnung ist die Region von Geschäftsplänen, stra-

2 Philip Mirowski 2014. »Die offene Wissenschaft und ihre Freunde«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. März 2014.

3 »Nur in jener Zeitspanne und Beobachtungsphase, die der Deliberation gewidmet ist, ist der soziologisch-logische Ort des Entstehens einer synthetischen Forschung zu suchen«; Karl Mannheim 1929. *Ideologie und Utopie*. Bonn: Verlag Friedrich Cohen, S. 131.

4 Ebd., S. 119 f. Diese Passage bezieht sich auf die Möglichkeit einer politischen Wissenschaft, kann aber auf den Wissenschaftsprozess im Allgemeinen übertragen werden.

tegischen Eingriffen, kreativer Zerstörung und einer Apotheose des Wissens als Ware«. ⁵

Von daher wäre in der Tat die Wissenschaft bedroht, wenn die Problemstellungen von interessierten Kreisen vorgegeben würden, weil damit nur bestimmte Aspekte herausgezogen und bevorzugt behandelt würden und eine Gesamtschau nicht mehr möglich wäre, die erst den wissenschaftlichen Prozess ausmacht. Die Möglichkeiten der Eingriffe sind durchaus vielfältig und werden durch die Elektronik sehr erleichtert, vom direkten Verfolgen der Forschungsprozesse im Labor über entsprechend zugängliche Software bis zum System des »editorial managers«, das es Verlagskonzernen, die sich als Börse für Daten und Informationen verstehen, ermöglicht, jederzeit alle kommunizierten Daten des Wissenschaftsbetriebs abzugreifen. ⁶

Wenn die Verwaltungen zwischen drittmittelstarken und solchen Fächern unterscheiden, in denen das Aufkommen externer Mittel schwach ist, dann regiert eine neue, von externen Zielen gesteuerte Orientierung den Wissenschaftsbetrieb, weit entfernt vom intrinsischen Ethos der Suche nach »Wahrheit« oder nach Verstehen. Der sich hier abzeichnende Verlust der Autonomie der Wissenschaften zeigt eine Veränderung nicht nur darin, wie Universitäten heute gesehen werden, sondern spiegelt sich auch in einem neuen Verständnis ihrer Mitarbeiter wider: »Was heutzutage verlangt ist, sind flexible Arbeiter, die jeden Moment das Projekt fallenlassen können, an dem sie gerade sitzen, um sich einem anderen zuzuwenden, das gerade attraktiver erscheint. Disziplinäre Kenntnis wird für weniger wichtig gehalten als interdisziplinäre Beweglichkeit, die Marktsignale folgen kann. Die immer kurzfristigere Natur der Forschungsfinanzierung bringt diese Imperative zum Ausdruck«. ⁷

Gibt es nicht zugleich eine Zunahme jenes Typus der multiplen Persönlichkeit, die geradezu dazu geschaffen wäre, Problemstellungen ohne eigene innere Reflexion von außen anzunehmen und sich für sie einzusetzen? Erfordern die gesellschaftlichen Veränderungen der »spätmodernen Multioptionsgesellschaft« nicht die Multiplizität des Menschen? In der Debatte um die multiple Persönlichkeit stehen sich diese Diagnosen gegenüber: die postmoderne Position, welche die multiple Persönlichkeit als Anpassung an zeitgemäße Erfordernisse betrachtet, und die kritische Position derer, die die Diagnose »dissoziative Identitätsstörung« als eine behandlungswürdige Krankheit beschreiben (vgl. Rosemarie Brucher in diesem Heft).

Würde also, wenn Mirowski recht hat, der Wissenschaftsbetrieb von innen und außen zugleich umgebrochen, seiner klassischen Fähigkeit zur Reflektion und Objektivierung, der relativen Unabhängigkeit von sozialen und interessegeleiteten Zwängen und Forderungen entkleidet?

Wissenschaft braucht das, was am schwersten zu definieren ist: Freiräume, in denen der Geist schweifen kann. »Sieht man sich in der Geschichte um«, so Karl Mannheim, »bemerkt man, daß der Wille zur jeweiligen Synthese stets von sozial

5 Mirowski 2014, a. a. O.

6 Vgl. Niels Taubert 2012. »Online Editorial Management-Systeme und die Produktion wissenschaftlicher Fachzeitschriften«, in *Leviathan* 40, 2, S. 297-319.

7 Mirowski 2014, a. a. O.

eindeutig bestimmbar Schichten getragen wird, und zwar von jenen mittleren Klassen, die sich von unten und oben bedroht fühlen und sozial instinktiv von vornherein eine Vermittlung zwischen den Extremen suchen«, eine Vermittlung, die von einer Haltung getragen sein sollte, »die eine progressive Weiterbildung der Geschichte in der Weise fördert, daß in ihr möglichst viel von den akkumulierten Kulturgütern und sozialen Energien erhalten bleibt«.⁸

Eine solche Haltung werde aber nicht eine konkret in der Mitte gelagerte Klasse, sondern nur eine relativ klassenlose, nicht allzu fest gelagerte Schicht im sozialen Raume aufbringen, nämlich jene »sozial freischwebende Intelligenz«, wie Alfred Weber sie nannte.⁹ »Sicher ist unsere Intelligenz zum erheblichen Teil Rentnerintelligenz, die vom industriellen Leihkapital lebt. Aber genauso gehören dazu breite Beamenschichten und die Fülle der sogenannten freien Berufe.« Zwar ist die Rückbindung dieser Intelligenz an ihre Herkunftslage nicht aufgehoben, aber in ihrer Vielstimmigkeit der Determinanten bewahrt sie jene Polyphonie, die »ein homogenes Medium schafft, in dem sich die widerstreitenden Kräfte messen können«.

Das trifft auf den Wissenschaftsraum zu: Er kreiert eine Synthese polyphoner Stimmen, und die Wissenschaftler sind in ihrer Orientierung stets mehrfach determiniert, was sie erst zur Deliberation befähigt, zur »freischwebenden Aufmerksamkeit«, wie sie nach Sigmund Freud zur Diagnose unabdingbar ist: Die Aufmerksamkeit darf also weder durch Interessen noch durch Voreinstellungen, also »Denkkategorien und Ordnungsschemata«, behindert sein – ein schwieriger Auftrag, bei dem interne gegenseitige Prüfungsprozesse als gute fachliche Praxis sich als hilfreich erwiesen haben. Bewertungen nach Produktivität und Kennzahlen haben demgegenüber zwar den Vorteil von Objektivität, aber es besteht die Gefahr, dass sie bestimmte Voreinstellungen und Denkkategorien fördern, weil sie für die Gewichtung neuer Synthesen gar keine Kriterien haben.

Was aber ist mit dem Wissenschaftsraum, wenn die gesellschaftliche Mitte schrumpft? Sind es nicht gerade die Gesellschaften mit einer starken Mittelschicht, in der Universitäten hohe Qualität haben? Wenn aber das gesellschaftliche Rekrutierungsfeld austrocknet, wie verändert sich dann die Wissenschaft? Wie berechtigt ist überhaupt die Angst vor dem Verschwinden der Mittelschicht? Das wird von einer Gruppe Bremer Forscher untersucht (siehe den Aufsatz von Olaf Groh-Samberg, Steffen Mau und Uwe Schimank in diesem Heft).

8 Mannheim 1929, a. a. O., S. 123.

9 Alfred Weber schrieb 1923, das moderne Intellektuellentum sei »wirtschaftlich-sozial fast durchgängig Rentenintellektuellentum. Es sitzt auf einem kleinen oder mittleren beweglichen Vermögen, [das] einen Teil des Hintergrundes bildet, der es ermöglicht, die lange Vorbildungs- und dann auch Karenzzeit bis zum Vollverdienst aus geistiger Tätigkeit zu überwinden«. Das Vermögen bildet daher eine »Freiheitsunterlage dieser Schicht«. Diese Intellektuellenschicht war »in der Zersetzung, die der Hochkapitalismus vermöge seiner alles durchdringenden Ökonomisierung sonst in das Geistige trug, noch fast die einzige, leidlich unabhängige Insel außerhalb der Klassen- und Interessengegensätze, ein Asyl der überökonomischen Ideen- und Gedankengänge, die verblieben«; Alfred Weber 1923. *Die Not der geistigen Arbeiter*. München, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 13 f.

Die abendländischen Universitäten sind im kirchlichen Raum entstanden, in einem Raum also, der, von den weltlichen Machtebenen der Zeit weit genug entfernt, eine Vermittlungsebene bilden konnte, in der auch Rekrutierungen möglich waren, die nicht an den Geburtsstand gebunden waren. Harold Berman hat seinerzeit darauf hingewiesen, dass durch die Einführung des römischen Rechts in den weltlichen Bereich das Strafrecht revolutioniert wurde, indem das germanische Gottesurteil abgeschafft wurde: Die analytische Trennung von Welt und Gott, des Zeitlichen und des Ewigen wurde möglich, und durch die Verschriftlichung des Rechts ergaben sich neue Sicherheiten und neue Rechtsinstitutionen, die differenzierter waren als die der Stammes- und Lokalkultur. Der Kern der vom Papst geförderten Universität Bologna war die juristische Fakultät, von wo aus sich das römische Recht und das christliche Menschenbild verbreiteten.¹⁰

Inwieweit es auch das Christentum war, eine Religion, die unter den römischen Sklaven verbreitet war, das den Glauben an die universale Menschenwürde und die Menschenrechte entwickelte, ist umstritten, weil es an der historischen Kontinuität bei der Betonung der Menschenrechte in der Kirche fehlt. Daher ist die Sakralisierung des Menschen, die Heiligkeit des menschlichen Lebens, wie sie Hans Joas beschreibt,¹¹ vor allem mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution verbunden, wo sie formuliert wurde als »heiliges Menschenrecht«¹². Während Joas mit der Sakralisierung der Person nach einer Möglichkeit suche, den Schutz der Person dem Politischen zu entziehen und ihr via Heiligkeit einen unverfügbaren Charakter zu geben, bleibe die Heiligkeit der Person bei Arendt dem Spiel der Kontingenz ausgesetzt und von Aushandlungen abhängig, schreibt Sybille De La Rosa in diesem Heft. Für Arendt, die 1933 aus Deutschland geflohen ist, bedeutete ihre Erfahrung als Staatenlose, dass es sinnlos ist, Gleichheit vor dem Gesetz für den zu verlangen, für den es kein Gesetz gibt. Das Menschenrecht beginnt deshalb für sie mit dem »Recht, Recht zu haben«, also Rechte zu besitzen, die einklagbar sind. Darin liegt die Chance der Behauptung gegen alle Totalitarismen, und es ist kein Zufall, dass sie unter den »philosopher citizens« in Frankreich Albert Camus schätzte, den sie 1952 persönlich kennengelernt hatte. Er war für sie »zweifelloser der beste Mann, den es augenblicklich in Frankreich gibt«.¹³

Seinem Denken fühlte sie sich verwandt und hätte vermutlich Camus' Satz »Die Revolte bejaht das Leben und die Freiheit und lehnt ab, was diese beiden bedroht« unterschreiben können. Die existentialistische Grundfrage nach dem Sinn des Lebens beantwortet Camus zwar negativ – wie alle Existentialisten von Heidegger

10 Harold J. Berman 1995. *Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechts-tradition*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. Dass England das römische Recht nicht übernahm, führt Max Weber bekanntlich auf die Rolle der Anwälte zurück, die ihre Position dadurch bedroht sahen. Tatsächlich haben noch heute die privaten Juristen und Anwaltskanzleien eine entscheidende Rolle in den angelsächsischen Rechtssystemen.

11 Hans Joas 2011. *Die Sakralität der Person*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

12 Ebd., S. 35.

13 Vgl. Briefwechsel von Hannah Arendt und Heinrich Blücher: Bernd Neumann. Hrsg. 1998. *Hannah Arendt und Heinrich Blücher*. Reinbek: Rowohlt, S. 291.

bis Sartre –, doch trotz der Sinnlosigkeit des menschlichen Lebens spricht er sich für das Weiterleben in einer absurden Welt aus: »Weiterzuleben heißt, gegen deren Absurdität zu revoltieren im vollen Bewußtsein des unauflösbaren Widerspruchs: Ich revoltere, also bin ich«¹⁴ (vgl. Markus Pausch in diesem Heft). Die Ablehnung des Selbstmords beinhaltet auch die Ablehnung des Mordes, denn der Revoltierende verlangt Freiheit für sich selbst, aber keinesfalls das Recht, das Wesen und die Freiheit des anderen zu vernichten. Das trennt Camus von seinem Zeitgenossen Sartre, der zeitweilig zum Kommunismus neigte und Camus vorwarf, er wende sich gegen die Revolution, obwohl diese oft die einzige Hoffnung der Menschen sei. Camus stellt in der Tat die Revolution der Revolte gegenüber. Die Revolte richte sich gegen alle totalitären Herrschaftssysteme, verliere aber ihre Legitimität an jenem Punkt, wo sie zu den Waffen greife: »Camus, der selbst im Widerstand tätig war, lehnte Gewalt als Mittel zur Selbstverteidigung nicht grundsätzlich ab. Er wandte sich aber gegen die geplante Tötung von Menschen aus Prinzip. Und diese geplante und brutale Tötung warf er den Jakobinern wie den russischen Revolutionären vor. Sie verstoße gegen die existenziell begründeten Prinzipien der Revolte«.¹⁵

Nach dem Ende des Zeitalters des Totalitarismus sieht sich die Menschheit einer neuen Gefahr gegenüber – dem des Selbstmords der Gattung durch die schleichende Zerstörung der Umwelt. Unter den vielen Programmen, die dieser Gefahr begegnen sollen, scheint das des *Buen Vivir*, des »guten Lebens«, sehr vielversprechend, sucht es doch zwischen wirtschaftlichen Zwängen und Ansprüchen an Umwelt und dem Schutz der indianischen Bevölkerung zu vermitteln. Aber wie realistisch ist dieses Programm? Wie stark sind die Regierungen der südamerikanischen Länder Ecuador, Bolivien und Uruguay gegenüber den Marktmächten? Das wird von Franziska Dübgen und Ana Agostino analysiert. Renate Mayntz stellt die Frage, ob es nicht unrealistisch sei, angesichts der Koordinationsprobleme in der Europäischen Union zwischen den beiden Extremen, zwischen Markt oder Staat, sich entscheiden zu müssen. Zu vermitteln in der Debatte zur Stadtsoziologie sucht die Einlassung von Karsten Zimmermann, Marlon Barbehön und Sybille Münch: Die lokale Politikforschung habe in der Eigenlogik-Heuristik eine neue vielversprechende Fragestellung entdeckt, die Licht auf ein übersehenes empirisches Terrain werfe. Der Vorwurf einer »lokalistischen« Forschung sei nicht zu erheben, da lokale Politik stets innerhalb eines Mehrebenensystems gedacht werde.

Reinhard Blomert

14 Albert Camus 1959 [1956]. *Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde*. Hamburg: Rowohlt, S. 9.

15 So Pausch in diesem Heft.